



06.05.2014

## **Schein- und Briefkastenfirmen Wie die Bundesregierung mehr Transparenz verhindert**

*Ulrich Hagmann, Fabian Mader*

Anlagebetrügern auf der Spur. Doch die Ermittlungen im Landeskriminalamt Bayern stocken. Kriminalrat Jürgen Miller und Hauptkommissarin Veronika Wackert jagen ein Betrüger Netzwerk. Das Geld der Anleger ist in einem undurchschaubaren Konstrukt von anonymen Briefkastenfirmen verschwunden.

**Jürgen Miller, LKA Bayern:** *„Wir wissen nicht wer dahinter steht, wer Geschäftsführer, wer Inhaber ist.“*

**Veronika Wackert, LKA Bayern:** *„Also die Tätergruppierung im Endeffekt, die das ganze Konstrukt aufgebaut hat, aufgeteilt und dann am Schluss auch profitiert.“*

Die Hintermänner, die wirtschaftlich Berechtigten zu finden, ist schwer. Briefkastenfirmen verschleiern die Eigentümer. Offizieller Besitzer ist oft eine andere Firma oder ein Treuhänder. Nur mit langwierigen Kontenabfragen kommen die Polizisten den eigentlichen Tätern auf die Spur.

Solche Abfragen aber dauern in Europa zu lange. Darüber beschwerten sich Polizeiermittler seit Jahren. Der Bund deutscher Kriminalbeamten fordert deswegen ein europaweites Register. Dort müsste jede Firma den tatsächlich wirtschaftlich Berechtigten nennen. Briefkastenfirmen wären für Fahnder, Industrie und Öffentlichkeit mit einem Schlag transparent.

**Sebastian Fiedler, Bund deutscher Kriminalbeamter:** *„Ohne Briefkasten Konstruktion, ohne Schattenfinanzplätze würde die organisierte Kriminalität so gar nicht existieren können, wie sie heute existiert. Das heißt, immer dann wenn es darum geht Rechtshilfe zu vereinfachen, würde uns das einen sehr, sehr großen Schritt nach vorne bringen.“*

So sieht es auch das europäische Parlament. Im März haben die Parlamentarier mit großer Mehrheit die Einführung eines öffentlichen europaweiten elektronischen Firmenregisters befürwortet. Doch einige Mitgliedstaaten bremsen. Die Grünen Fraktion sieht die Schuldigen in Berlin.

**Jan Philipp Albrecht, Europaabgeordneter Bündnis 90 / Die GRÜNEN:** *„Die Verantwortung liegt bei der Bundesregierung als Ganzes, sie wäre in der Verantwortung eine Umsetzung dieser Richtlinie vorzulegen und das so umzusetzen, wie wir das als europäisches Parlament beschlossen haben und wie auch der Ministerrat letztendlich das will und die Mehrheit der Mitgliedsstaaten es will. Es ist also schon seltsam, das gerade Deutschland sich dagegen so wehrt.“*

Wie die Bundesregierung ein europaweites Register torpediert zeigen auch geheime Protokolle, die uns zugespielt worden sind.

2013 sagt der deutsche Vertreter in der Arbeitsgruppe:



*„Ein solches Register solle nur optional eingeführt werden, da die Datenhaltung für die Unternehmen zu aufwendig sei.“*

... und im Januar 2014 besteht der deutsche Vertreter auf dezentralen Registerlösungen und lehnt den öffentlichen Zugang ab. Auf Anfrage von report MÜNCHEN erklärt die Bundesregierung, sie wolle auch andere Erfassungssysteme zu lassen, zum Beispiel das deutsche Kontenabrufsystem.

**Sebastian Fiedler, Bund deutscher Kriminalbeamter:** *„Solange mir nicht die Bundesregierung offen legt - und bisher liegt das nicht offen - welches bessere System als ein europaweites Register sie sich vorstellt, solange kann ich nur von Nebelkerzen sprechen.“*

Ein Interview zu den Vorwürfen der Experten lehnt die Pressestelle des Finanzministeriums ab. Deswegen versuchen wir Wolfgang Schäuble bei einer Europawahlkampfveranstaltung direkt zu fragen.

**Reporter:** *„Herr Schäuble, eine Frage für report MÜNCHEN: Thema Briefkastenfirmen und EU Register.“*

**Wolfgang Schäuble:** *„Was soll das sein?“*

Schäuble will nicht antworten.

Wir fahren nach Zug in der Schweiz. Dieser Ort ist ein Zentrum für Treuhänder, Briefkastenfirmen und anonymes Geld. Andreas Frank hat die Seiten gewechselt. Er war Investmentbanker und Vermögensverwalter. Seine Erfahrungen gibt er jetzt weiter an Fahnder und Politiker im Kampf gegen die Geldwäsche.

**Andreas Frank, Finanzmarkt Experte:** *„Wir sprechen da über Einnahmen der organisierten Kriminalität weltweit von circa 2100 Milliarden im Jahr. Alles unversteuert, wenn man sich da noch schöne Zinsen drauf rechnet, dann können die bald die ganze Welt kaufen.“*

Deutschland versagt im Kampf gegen die Geldwäsche sagt die OECD. Im April hat sie Deutschland gerügt und härtere Strafen verlangt. Das internationale „Tax Justice Network“ brandmarkt Deutschland gar als Geldwäsche-paradies.

Markus Meinzer erklärt wie sich eine deutsche Staatsbank an dubiosen Geschäften mit Briefkastenfirmen beteiligt. Die LBBW, die Landesbank Baden Württemberg kauft in Moskau ein Gebäude indem sich deutsche Firmen niederlassen sollen. Das German Center. Hier Bilder von der Eröffnung mit dem damaligen Ministerpräsidenten Günther Oettinger. Der Kaufpreis wird gesplittet. 70 Millionen Euro fließen direkt an den russischen Partner. 30 Millionen gehen dagegen an eine Briefkastenfirma auf den British Virgin Islands. Im Gegenzug bekommt die LBBW eine Briefkastenfirma auf Zypern. Eine dubiose Konstruktion.

**Markus Meinzer, Tax Justice Network:** *„Hier hat im Grunde die LBBW 30 Millionen Euro ins Nirwana überwiesen, ohne zu wissen, wem sie da eigentlich Geld überweist und für was.“*

Der Finanzplatz Zypern lockt dubioses Geld mit dem Versprechen von Anonymität an. Wer sein Geld über einen Treuhänder in einer zyprischen Briefkastenfirma parkt, ist sicher vor neugierigen Fragen.



Hier also hat die LBBW ihre Briefkastenfirma Flantir für 30 Millionen Euro erworben. Im Geschäftsbericht der schwäbischen Staatsbank taucht die Flantir Properties immer noch auf.

Wir wollen in Zypern erfahren, was hat die LBBW tatsächlich bekommen und wo ist das Geld geblieben?

An der angegebenen Geschäftsadresse sitzt nicht die Flantir sondern eine Firma, die Büroadressen verwaltet. Wir fragen nach den Geschäftsräumen der LBBW Tochter. Die Antwort: „Hier gibt es keine Büros von Flantir, wir nehmen aber Post entgegen.“

Flantir also nur eine leere Hülle.

Die LBBW teilt dazu mit:

*„Die Beteiligung Flantir stamme aus einer Transaktion, zu der man sich nicht qualifiziert äußern könne.“*

Und zum Verbleib der 30 Mio?

*„wer letztlich wirtschaftlich Berechtigter war geht aus den Akten nicht hervor“.*

Vor demselben Problem stehen auch die Ermittler in München. Sie haben immer noch keinen Täter.

**Jürgen Miller, LKA Bayern:** *„Deswegen wäre die Transparenz durch den wirklich Berechtigten in einem Register der erste gute Ansatz um hier relativ schnell an eine natürliche Person zu kommen.“*

Offiziell ist Wolfgang Schäuble auch für mehr Transparenz. Doch sein Lavieren verzögert ein europaweites öffentliches Register. Solange in Europa noch diskutiert wird, lässt sich kriminelles Geld vor dem Zugriff von Fahndern einfacher verstecken.